

BASILIKE PAPOULIA

DER BALKAN — EIN NEUES PULVERFASS EUROPAS?*

“Der Balkan, Pulverfass der Nationen” ist ein Motto, das aus der Vergangenheit stammt und durch das schicksalhafte Ereignis von Serajevo besiegelt wurde. Kein Historiker kann freilich dieses Attentat als die eigentliche und tiefere Ursache des Ersten Weltkrieges, des ersten Weltkrieges, betrachten. Man kann eine lange Reihe von Ereignissen anführen, die als unmittelbare oder fernere Ursache gelten können; Ereignisse, die wenn auch nicht leicht, doch hierarchisiert werden können. Welche Stelle dieses Ereignis nehmen kann, hängt von der Bedeutung ab, die man dem Zufälligen beimisst. Diejenigen, die an eine innere Gesetzmässigkeit oder an eine dialektische Entwicklung glauben und die die wirtschaftlichen und machtpolitischen Faktoren als die eigentlichen Bewegungskräfte der Geschichte betrachten, werden dieses Ereignis tief unten auf der Skala der Ursachen setzen. Die Bedeutung aber dieses Ausdruckes selbst ist eine bildliche Darstellung einer Verallgemeinerung, die gewisse Annahmen als Voraussetzung haben und die analysiert werden müssen, bevor wir überhaupt auf diese Frage eine Antwort geben können, eine Frage, die als eine Drohung in der Luft über unseren Köpfen hängt. Die erste Annahme ist, dass die politische Situation im Balkangebiet eine Analogie mit jener der Vergangenheit darstellt, als der Balkan als ein Unruheherd galt, eine zweite, auch grundsätzliche, dass eine unmittelbare Interdependenz in geopolitischer Hinsicht zwischen Europa und dem Balkangebiet existiert. Dieser Annahme liegt eine weitere, noch allgemeinere zugrunde: dass die Geschichte sich wiederholt, dass die Entwicklung durch eine innere Notwendigkeit, eine Gesetzmässigkeit bestimmt wird. Wir werden diese letzte Frage nicht in Betracht ziehen, da sie letzten Endes auf ein Postulat der menschlichen Vernunft-eine regulative Idee also-hinauslaufen soll, das von Immanuel Kant formuliert wurde, nämlich, dass die Wissenschaft die Einheit der Natur, beziehungsweise auch der menschlichen Natur, als Vor-

* Dieser Aufsatz wurde im Jahre 1991 geschrieben und in einer verkürzten Form auf einer Sitzung des Hauses der Begegnungen Rudolfshaus (Wien) vorgetragen.

aussetzung hat. Dies widerspricht freilich nicht der Auffassung, die hauptsächlich vom Historismus vertreten wurde, dass die Geschichte der Bereich des Einmaligen und Unwiederholbaren ist, da diese Auffassung auf einer anderen Ebene sich bewegt. Dies birgt auch die Hoffnung, dass die schicksalhaften Ereignisse am Anfang des Jahrhunderts nicht wiederholt werden sollen, aber das, was heute geschieht, nicht weniger verhängnisvoll sein könnte, obwohl freilich noch die Auswirkungen des Zusammenbruchs der kommunistischen Weltordnung in bestimmten Gebieten lokalisiert werden, nämlich auf dem Balkan und in Kaukasien. Die Geschichte höchstwahrscheinlich wiederholt sich nicht, aber das Negative findet mehrere Auswege. Die Tragik der Geschichte und des menschlichen Lebens ist, dass die Möglichkeiten und die Variationen des "Krankhaften" und des "Bösen" unendlich viele sind, während die Ausdrücke des "Gesunden" und des "Guten" einheitlich sind und innerhalb gewisser Grenzen sich vollziehen. Ein zweites Merkmal, das die Geschichte charakterisiert, ist dass die Bedeutung einer Person nicht adaequat zu seiner Qualität als Mensch ist und dass die negativen Auswirkungen, die eine Person verursachen kann, viel grösser, unendlich grösser sein können als sein Format als Mensch es rechtfertigen könnte, während für die grossen Errungenschaften eine ausserordentliche Natur notwendig ist, was freilich seltener vorkommt. Insofern kann eine Katastrophe leicht eintreten, wenn eine unvorsichtige oder verantwortungslose Hand einen Zündstoff in ein Pulverfass wirft. Eine weitere Frage also ist, welche Rolle die Personen, die die Verantwortung für das Schicksal der Balkanländer tragen, spielen; Wenn auch ein Pulverfass existiert, hängt es doch von den jeweiligen Hauptakteuren ab, ob sie den entscheidend positiven oder negativen Schritt vollziehen. Dieses bedeutet wieder nicht, dass alles, was geschieht, in der Intention der Personen selbst liegt. Es gibt eine Heterogenese der Zwecke in der Geschichte, die durch die Interdependenz der verschiedenen Faktoren, die unübersehbar sind, bedingt ist.

Wenn wir jetzt die Situation auf dem Balkan vom Ende des 19. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhundert mit der jetzigen vergleichen, dann müssen wir eine gründliche Unterscheidung machen: Damals existierte ein status-quo, der von den Grossmächten erhalten werden sollte, während heute das Gegenteil geschieht, dass sich die Grossmächte der Zeit, die Europäische Gemeinschaft und USA, einen neuen status-quo nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Weltordnung zu etablieren bemühen: denn wir befinden uns vor einem Auflösungsprozess auf jugoslawischem Gebiet, der mit einem Krieg zwischen den dortigen Nationalitäten, einem Bürgerkrieg eigentlich, eingeleitet wurde.

Der status-quo des 20. Jahrhunderts war verbunden mit den Interessen der Grossmächte, die nach dem Krimkrieg durch das Europäische Konzert, das sie bildeten, den Harmoniegedanken in der europäischen Politik einführen sollten. In diesem Europäischen Konzert war auch damals die Türkei aufgenommen worden, wodurch sie natürlich den Charakter eines islamischen Staates einbüsste, nach dem islamischen Recht freilich ein Ereignis, das die Europäisierung und Laizierung der Türkei einleitete. Die Intentionen der Mächte, die das Europäische Konzert bildeten, waren mehr oder weniger klar, obwohl natürlich ihre oft widersprechenden Interessen dauernd das Gleichgewicht zu zerstören drohten, was auch eine Gelegenheit für die noch unter fremder Herrschaft lebenden Völker bot, ihre Befreiung zu fördern. Die fortschreitende Befreiung der Balkanländer setzte die Erschütterung des existierenden Gleichgewichts voraus, das die Konsolidierung des Friedens als Folge haben sollte; eine Politik also, die im Gegensatz zu dem Spruch "Der Balkan sei das Pulverfass Europas", mit dem Spruch "Der Friedhof der Völker" gebrandmarkt wurde. Zwischen diesen extremen Auffassungen bewegte sich die Politik der Balkanvölker und der europäischen Grossmächte seit dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Problematik konzentrierte sich auf die Erhaltung ihrer Einflussphäre durch die Grossmächte nach dem fortschreitenden Schwächung der osmanischen Macht. Das Osmanische Reich bemühte sich seine noch übriggebliebenen Gebiete in der europäischen Türkei zu erhalten, während Österreich-Ungarn durch die Annexion der zwei Provinzen, von Bosnien und Herzegowina, seinem Drang nach Osten einen konkreten Ausdruck verliehen hatte. Dieses Ereignis, das die grösste Empörung im serbischen und südslavischen Gebiet überhaupt hervorrief, hat durch eine Kettenreaktion zu den Balkankriegen und dem Attentat von Serajevo geführt, d.h. zu Ereignissen, die einerseits die Befreiung der noch unterjochten Gebiete, andererseits die Vereinigung dieser Gebiete mit den Nationen, die sie beanspruchten, bezweckten und die über ein irredentistisches Programm verfügten, wie Griechenland, Serbien, Bulgarien und Rumänien. Albanien konnte als letzte seine Befreiungsziele verfolgen wegen seiner noch archaischen Gesellschaftsordnung und seiner konfessionellen Differenzierung in Muslime, Orthodoxe und Katholische Christen.

Das Problem aber lag darin: Welche waren die ethnischen Realitäten auf dem Balkan, welche die Befreiungsziele bestimmen sollten und welche waren die Intentionen der unmittelbar beteiligten Grossmächte? Und hier enthüllt sich die Widersprüchlichkeit grösstenteils der Politik dieser Völker und dieser Mächte zu gleicher Zeit. Ungarn wollte eine führende Stellung

innerhalb der österreichischen Monarchie erhalten und konsolidieren, wollte aber nicht die gleichen Rechte den Austroslawen zugestehen: Österreich unterstützte mit Vehemenz die Unabhängigkeit Albaniens gegenüber den Serben hauptsächlich, aber es wollte nicht dieselben Rechte seinen slawischen Untertanen einräumen; Serbien beanspruchte zwar für sich die altserbischen und südslawischen Gebiete und wollte zugleich die Rolle von Piemont für die Vereinigung aller Südslawen übernehmen, da es eine hervorragende Rolle im Befreiungskrieg gegen das Osmanische Reich gespielt hatte und die erste Nation unter den Südslawen war, die einen unabhängigen Staat zu bilden vermochte. Zugleich wollte Serbien nicht die unmittelbare Befreiung Albaniens und neigte eher zu einer Teilung von den von Albanern bewohnten Gebieten zwischen Griechenland und Serbien. Serbien behauptete, dass die politische Emanzipation Albaniens wegen der Zersplitterung der Albaner und wegen der historischen, religiösen und ethnischen Bande, die sie mit den Serben und Griechen verbanden, nur innerhalb der Grenzen Griechenlands und Serbiens möglich wäre; sonst würde Albanien sich zu einem Unruheherd in diesem Raum verwandeln. Allerdings fühlte sich Serbien bedroht, nicht nur weil dieser Staat altserbische Gebiete enthalten sollte, sondern es lief auch Gefahr in Anbetracht der Anwesenheit Österreichs in einem grossen Teil der adriatischen Küste, besonders nach der Annexion von Bosnien und Herzegowina im Jahre 1908, vom Mittelmeer ausgeschlossen zu werden. Was Griechenland angeht, bestritt es Albanien nicht das Recht, einen eigenen Staat zu bilden, sofern die Rechte Griechenlands in Nord-Epiros, nach den Albanern in Süd-Albanien, berücksichtigt würden, es unterstützte sogar verschiedene Bewegungen, die in dieser Richtung zielten. Es gab allerdings einige Initiativen von Politikern, welche die Albaner als alte, zu den Griechen verwandte Stämme, als die Dorier des Neuen Hellenismus, betrachteten, und welche die Bildung eines griechisch-albanischen Staates nach dem Vorbild der Österreichischen-Ungarischen Monarchie befürworteten- man sollte auch nicht vergessen, dass einige prominente griechische Freiheitshelden und Politiker mit starkem griechischen Nationalbewusstsein albanischer Abstammung (von Niederlassungen seit dem 14. Jh.) und sogar zweisprachig waren. Die Lösung des Problems der albanischen Emanzipation war nicht nur aus den oben erwähnten Gründen schwierig, sondern auch wegen der Haltung der Hohen Pforte, die in Anbetracht der Anwesenheit der muslimischen Bevölkerung und der Rolle, die die Albaner innerhalb des Osmanischen Reiches als hohe Würdenträger und im Militär gespielt hatten, zu keinen Konzessionen bereit war; auch nach dem Jahr 1908, als die Jungtürken in Erscheinung traten. Die Haltung der Jungtürken verriet auf extreme Weise diese Wider-

sprüchlichkeit des Nationalgedankens als Integrationsprinzip, nicht nur weil sie überhaupt nicht bereit waren, die gleichen Rechte allen Unteranen des Osmanischen Reiches zu gewähren, sondern weil sie diese Rechte als Vorwand benutzten um die Türkisierung der christlichen Untertanen zu fördern. Die Balkankriege waren die Antwort auf die bevorstehende Gefahr und wurden von den Grossmächten der Zeit nach den ersten Erfolgen mit Begeisterung begrüsst (besonders von dem Deutschen Kaiser, trotz den Interessen, die ihn mit der Türkei verbanden), weil man hoffte, dass die Balkanvölker als die Siebte Grossmacht für die Erhaltung des Friedens und des status-quo eintreten könnten. Aber jetzt enthüllten die Balkankriege mehrfach diese Widersprüchlichkeit, da jetzt Bulgarien die Pläne für ein Grossbulgarien nach dem Vorbild des San Stefano-Vetrages, der durch den Druck Russlands erwungen wurde—als ein Instrument der panslawistischen Pläne Russlands— zu verwirklichen versuchte. Die Revision durch den Berliner-Kongress hat als ein Trauma, eine offene Wunde, für Bulgaren seither fungiert und sie zu wiederholten Gewaltanwendungen angetrieben, sowohl in Bulgarien selbst gegenüber der griechischen Bevölkerung nach der Annexion Ost-Rumeliens (1885) (was auch als Folge einen unglücklich für Serdien verlaufenen serbisch-bulgarischen Krieg hatte) als auch auf dem Gebiet Makedoniens, das jetzt der Schauplatz für einen Guerilla- Krieg wurde, der als Zweck die Annexion ganz Makedoniens nach dem Vorbild Ost-Rumeliens hatte. Damals wurde von den Bulgaren der Leitspruch “Makedonien für die Makedonen” propagiert, nach dem Vorbild “Der Balkan für die Balkanvölker”; hier benutzten die Bulgaren “Makedonien” als einen geographischen Begriff, der doch als Integrationsprinzip dienen konnte, weil eben die Bulgaren, oder jene der Diglossen, der Zweisprachigen, die über ein bulgarisches Nationalbewusstsein verfügten, innerhalb des historisch-griechischen Makedoniens eine Minderheit darstellten. Ausserdem existierte in diesem Raum vor dem ersten Weltkrieg ausser der Griechen auch eine muslimische Bevölkerung. Die Gewaltanwendung betraf hauptsächlich, von den Türken abgesehen, die sich zu starken Repressalien hinreissen liessen, diese Diglossen, manchmal auch nur slawisch-sprechende, die dem Patriarchat treu blieben und die im entfachten Makedonischen Kampf (1904-1908) auf der Seite der Griechen kämpften, deswegen wurden sie auch als Graecomanen gebrandmarkt und von den Komitaschi tödlich verfolgt. Die Niederlage Bulgariens im zweiten Balkankrieg durch die drei Verbündeten, Griechenland, Serbien und Montenegro, hatte als Folge, dass das grösste Gebiet nördlich des historischen Makedoniens Serbien zugesprochen wurde. Da der oben erwähnte Leitspruch nicht befriedigend für sie funktionierte, hat man versucht, durch die Propagierung

von sozialistischen und kommunistischen Ideen dasselbe Ziel zu erreichen. Makedonien musste ein autonomer Staat werden, der die kommunistischen und sozialistischen Ideale verwirklichen sollte und der als ein Vorbild für alle Balkanvölker dienen konnte. Makedonien sollte also als ein Integrationsprinzip für die Etablierung eines kommunistischen Systems auf dem Balkan funktionieren. Der Druck, den die Kommunistische Internationale (Kommintern) auf die Griechische Kommunistische Partei (K.K.E.) im Jahre 1924 übte, um sie zu zwingen, die Verselbständigung des sogenannten Makedoniens im weiteren Sinn anzunehmen, führte zu der Spaltung der kommunistischen Partei, da diese Zustimmung als nationaler Verrat betrachtet wurde. Allerdings änderte die Griechische Kommunistische Partei im Jahre 1935 ihre Haltung gegenüber dem Beschluss der Kommintern, weil die griechische Makedonia, die auch im grossen und ganzen mit der griechischen historischen Makedonia zusammenfällt, besonders nach dem Bevölkerungsaustausch im Jahre 1919 und 1922, hauptsächlich von Griechen bewohnt war, während eventuelle ethnische Verschiedenheiten durch die Konzession von Minderheitsrechten gelöst werden können.

Die weitere Entwicklung der sogenannten makedonischen Frage intensivierte die vorhandenen Gegensätze besonders zwischen Bulgaren und Serben während der Zwischenkriegszeit und nahm eine ganz neue Richtung nach dem zweiten Weltkrieg durch die Regelung von Tito, der die Föderalisierung Jugoslawiens im Rahmen eines kommunistischen Staates eigener Prägung einführte. Dadurch konnte Tito einerseits der Bevölkerung einen neuen Inhalt für ihre Integration innerhalb des Jugoslawischen Staates geben, andererseits eine Expansionspolitik in Richtung Griechenlands treiben, nicht nur indem er dieser Volksrepublik, die ein Konglomerat von Bevölkerungsgruppen darstellt (darunter 35% Albaner) den historischen griechischen Namen verliehen hat, sondern auch wegen der verhängnisvollen Rolle, die er während des griechischen Bürgerkriegs spielte. Dass er am Ende die griechisch-jugoslawische Grenze geschlossen hat, hängt von anderen Faktoren ab, von seiner Abspaltung vom kommunistischen Block Stalins und von der Notwendigkeit, die Unterstützung der Westmächte für sich zu gewinnen.

Die Griechen bestreiten freilich, dass eine sogenannte "makedonische" Nation existiert, weil sie eine Absurdität in sich ist. Aus einem griechischen Wort ($\mu\alpha\kappa\epsilon\delta\nu\acute{o}\varsigma$ =hoch, gross), das nunmehr ein geographisches Gebiet bezeichnet, hat man eine Volksrepublik benannt, die sich zum grössten Teil ausserhalb des eigentlich Makedoniens, im alten Dardania, befindet. Indem man einen neuen Namen angenommen hat, erhebt man den Anspruch auf eine neue Nationalität, die "makedonische". Im Namen jetzt dieser Nationali-

tät unternimmt man verschiedene Versuche, sowohl eine geographische als auch eine historische Einheit zu konzipieren. Das Absurde dabei ist, dass eine slawisch-sprechende Völkerschaft nach einer Zeitspanne von über zweitausendzweihundert Jahren eine Kontinuität mit jenem alten makedonischen Staat postuliert, unter dessen Hegemonie die ganze "Oikoumene" hellenisiert wurde. Diese Kluft ist unüberbrückbar, wenn man bedenkt, dass das Gebiet nördlich des Ochridsees (d.h. das Gebiet der heutigen Republik von Skopje) nach der Einwanderung der slawischen und altaischen Stämme im Balkanraum als "Megale Bulgaria" bekannt war und die Bevölkerung als "Bugari". Dass solche Fiktionen als Deckmantel für die Verfolgung politischer Zwecke ausgenutzt werden können, ist klar. Deswegen wurden auch ursprünglich konzipiert und von Tito weiter umgeformt, was auch weitgehende Folgen mit sich brachte. Es scheint, dass wir uns vor einer historischen Regression befinden, in einer Zeit als der Ahnherr einer Volksgruppe entweder eine mythische Person, oder ein Totem oder ein Tier war. Aus diesem Grund kann man wohl verstehen, warum wir sowohl in der UdSSR als auch in Jugoslawien eine Intensivierung der Nationalismen regressiver Natur feststellen können. Hier handelt es sich nicht um einen aufgehenden Nationalismus, sondern eher um eine Gruppenbildung archaischer Natur. Entsprechend ist auch der Ausdruck dieser Gruppe auf der politischen Ebene. Sie zeigt die Merkmale eines "neuen Barbarentums", einer Aggressivität, die eindeutig Plünderungstendenzen zeigt. Dies findet jetzt seinen Ausdruck in der Art und Weise, wie die sogenannte Intelligenz dieser Volksgruppe eine Vergangenheit konstruiert, die keine Beziehung zu der Realität, weder der heutigen noch der historischen hat, wie es sich aus der "Geschichte des Makedonischen Volkes" (*Istorija na Makedonskiot Narod*, Institut za nacionalna istorija, Skopje 1972, S. 15-19), als auch aus einer Reihe von Pamphleten, Manifestationen, Karten ergibt, in denen die Rechte dieses Volkes im Namen Alexanders des Grossen (!) postuliert werden. Das griechische Makedonien wird in "Egeiska Makedonija" und in einem unbefreites Teilgebiet degradiert: Argumente, die griechischerseits als unseriös und lächerlich verwertet wurden, nichtsdesoweniger aber öfters mit wachsendem Besorgnis verfolgt und mit einer Reihe von Veröffentlichungen allgemeiner oder wissenschaftlicher Natur konfrontiert wurden. Griechenland bestreitet mit Vehemenz, dass eine solche Nationalität existiert. Makedonien ist nur eine geographische Bezeichnung für ein Gebiet, das keine natürliche Einheit bildet. Als repräsentativ kann nur das griechische Makedonien gelten: 1. Weil es sich um eine alte griechische Provinz handelt mit tausendjähriger griechischer Tradition. 2. Weil der griechische geographische Anteil Makedoniens grösser ist als das jugoslawische und bulgarische

Mazedonien zusammen, Griechenland besitzt über 80% des historischen griechischen Mazedonien, was heute als Mazedonien gilt ist eine bloss geographische Erweiterung dieses Terminus. 3. Weil die Bevölkerungszahl des griechischen Mazedoniens ohne die Diglossen, die slawisch-sprechende Volksgruppe, erheblich höher (doppel so gross) ist als beide "mazedonischen" Volksgruppen in Bulgarien und in Jugoslawien zusammen. 4. Weil die Diglossen keine ethnische Minderheit darstellen; denn sie verfügen über ein griechisches Nationalbewusstsein, wie ihre Haltung deutlich gezeigt hat. 5. Nach dem Bevölkerungsaustausch infolge des Vertrages von Neuilly (1919) zwischen Griechenland und Bulgarien existieren weder eine griechische Minderheit in Bulgarien noch eine bulgarische Minderheit in Griechenland. Allerdings existiert noch eine griechische Volksgruppe in der Republik von Skopje, die vor kurzem nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens in Erscheinung trat. Wir haben darauf bestanden, weil die Republik von Skopje wegen ihrer Position zwischen den vier Balkanvölkern, Griechen, Bulgaren, Albanern und Serben und mit Bewohnern, die ethnisch zu einem grossen Teil diesen Nachbarvölkern angehören, Destabilisierungsprobleme hervorrufen können; noch vor kurzem verkündeten die Albaner ihren Willen eine unabhängige Republik "Illyria" zu gründen. Griechenland weigert die Anerkennung unter dem Ethnonym "Makedonia", Serbien bewegt sich vorläufig nicht in dieser Richtung, aber alle fürchten, dass der Krieg aus Bosnien eine südliche Richtung nehmen könnte. Die Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Republik stellt keine Garantie in dieser Hinsicht dar, weil gerade nach der Anerkennung Bosniens brachen die Feindseligkeiten zwischen Serben und Muslimen aus. Das Pulverfass befindet sich höchst wahrscheinlich nicht in den südlichen Gebieten, sondern dort, nicht nur wo tiefe und alte Differenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten existieren, wie zwischen Christen und Muslimen, Orthodoxen oder Katholiken, sondern eher dort, wo führende Bevölkerungsschichten und beherrschte existieren. Es scheint, dass die Regelungen, die von Tito eingeführt wurden, nicht nur in Richtung Makedonien als ein künstliches Integrationsprinzip funktionierten. Noch unverständlicher ist, dass er, ein Kommunist und Sozialist, die Voraussetzungen, die zu der Entstehung einer islamischen Nation im Herzen Jugoslawiens führen könnte, geschaffen hat, obwohl der Begriff "islamische Nation" den Grundsätzen weder der nationalen noch der sozialistischen Ideologie entspricht, weil nur die religiöse Bekenntnis nicht als Kriterium der sozialen und nationalen Zugehörigkeit dienen sollte. Dieser Begriff widerspricht sogar den Grundsätzen der islamischen Religion. Denn es gibt islamische Staaten, die derselben Nation gehören und die Träger der

islamischen Idee sind, aber keine islamische Nationen. Die Verbindung des nationalen Gedankens mit den islamischen Grundsätzen führt zu dem islamischen Fundamentalismus, in derselben ungefähr Weise, wie die Verbindung des nationalen Gedankens mit dem Sozialismus zu Phänomenen wie Faschismus und Nazismus, d.h. zum integralen Nationalismus mit den bekannten Folgen hinleitete. Es ist gar nicht zufällig, dass im ganzen islamischen Orient Staatsgebilde in Erscheinung treten, die mit dem ursprünglichen islamischen Universalismus kaum Beziehung haben und das alle diese Diktatoren als Karikaturen der europäischen erscheinen. Es ist bemerkenswert, dass die Krise des kommunistischen Systems und sein Zusammenbruch die Schwäche des nationalen Gedankens enthüllt hat. Nicht des nationalen Gedankens überhaupt, sondern des nationalen Gedankens einer gewissen Prägung. Dieses zeigte sich besonders in der Regelung der Stellung der Minderheiten im Rahmen der kommunistischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Stellung wurde in Anlehnung an das sowjetische stalinistische Model aufgrund der sogenannten objektiven Kriterien geregelt, unter denen die Existenz eines Territoriums für die Anerkennung von Minderheitsrechte notwendig war (s. G. Brunner, "Die Rechtsstellung ethnischer Minderheiten in Südosteuropa", in *Nationalitätenprobleme in Südosteuropa*, hrsg. v. R. Schönfeld, [= Südost-Institut], München 1987, S. 39-72). Dies bedeutet, dass der Staat durch demographische Massnahmen, Deportationen, Exile u.s.w., diese Rechte auf ein minimum beschränken konnte. Freilich der allgemein repressive Charakter der kommunistischen Staatsordnung hatte die negativen Züge dieser Regelung verdeckt. Allerdings sind alle diese Erscheinungen nicht eine notwendige Konsequenz der kommunistischen Ideologie—denn diese setzte hauptsächlich als Zweck die negativen Erscheinungen, welche die bürgerliche Gesellschaftsordnung mit sich brachte, darunter auch den Nationalismus imperialistischer Prägung, zu beseitigen; sie sind vielmehr eine Folge der unheilvollen Allianz zwischen der kommunistischen und der Nationalistischen Ideologie. An sich hat der Nationalismus, wie sie ihn die Vertreter der Aufklärung gepredigt haben, universalistische Elemente. Damit hängt auch die Idee der Souveränität des Volkes zusammen, die die Verwirklichung des demokratischen Prinzips notwendig machte. Dies bedeutet, dass die Stellung des Menschen innerhalb eines Staates auch durch seinen Willen bestimmt wird, nicht nur auf Grund der sogenannten objektiven Kriterien (Blut und Boden, Sprache, Religion, Sitten uws.), in gewisser Hinsicht also von aussen. Nur dort, wo dies möglich war, konnten die Menschen wirkliche Mitglieder einer Gemeinschaft werden, sonst funktionieren nur die ursprünglichen natürlichen Bande, die eine Person mit seiner unmittel-

baren Umgebung verbinden. Je repressiver eine Gesellschaft ist, um so weniger kann eine nationale Idee als Integrationsprinzip dienen. Es ist gerade, weil das Wesen des Nationalismus in seiner Funktionalität liegt, dass er einen Gradcharakter aufweist. Nicht alle Mitglieder einer Gemeinschaft identifizieren sich in derselben Weise mit jener höheren Kollektivität, die Träger eines nationalen Gedankens ist. Dort, wo noch ein neuer Faktor eintritt, der die Stellung einer Volksgruppe oder einer Person in negativer Weise bestimmt, treten Desintegrationserscheinungen ein. Die Entwicklung in Jugoslawien ist in dieser Hinsicht besonders charakteristisch und kann als Beispiel für jene Tendenz dienen, die heute in ganz Europa sichtbar ist: das heisst die Balkanisierung, die ethnische Zersplitterung einer Nation (s. Hérodote, *Balkans et balkanisation*, No 63-85F, 40 trimestre [Paris] 1991). Diese Tendenz erscheint als Reaktion, wenn sich eine Volksgruppe (es kann sich auch nur um einige prominente Mitglieder handeln) als benachteiligt fühlt —wir benutzen nicht den Terminus "Minderheit", weil er einen pejorativen Sinn enthält. In Jugoslawien ist diese Entwicklung mit einer Vehemenz eingetreten, die charakteristisch ist. Denn hier—wie auch im Fall der UdSSR und in anderen Ländern, die wir hier nicht in Betracht ziehen können— hat das kommunistische Regime, das als Integrationsprinzip für die Bildung einer Völkergemeinschaft diente, welche die Idee der Einheit der Slawen fördern sollte, gerade jene Faktoren zum Durchbruch gebracht, die als Auflösungskräfte dienen. Wir werden nicht jene Faktoren erwähnen, sie sind bekannt, besonders jenen Personen, die aus diesem Milieu stammen. Wir glauben nicht, dass die konfessionellen Differenzen die wichtigste Rolle in dieser Hinsicht spielen. Wichtiger sind die wirtschaftlichen Faktoren und die Herausbildung der Eliten, die eine neue Schicht darstellen und die repressiv wirken. Man braucht nur an die Gegensätze zwischen Norden und Süden in ganz Europa zu denken, zwischen einem entwickelten Norden und unterentwickeltem Süden. Es handelt sich mehr um neue Differenzierungen, die innerhalb eines grösseren geopolitischen Rahmens sich entwickeln und weniger um alte Differenzen auf dem geistigen und kulturellen Niveau. Denn diese Elemente können leicht übernommen werden, wenn gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen vorhanden sind. Es gab und gibt immer eine starke kulturelle Mobilität, es gab öfters ein friedliches Zusammenleben zwischen Orthodoxen und Katholiken, zwischen Muslimen und Christen innerhalb des Balkanraumes, auf Zypern und anderswo. Schwieriger sind jene Probleme, die mit der vertikalen sozialen Mobilität zusammenhängen. Denn dort ist mehr der wirtschaftliche Faktor massgebend. Es handelt sich um die Herausbildung einer neuen Schicht, die nicht eine bürgerliche ist, sondern eine bürokratisch-militärische,

die sowohl die Wirtschaft unter Kontrolle halten, als auch die soziale Ordnung, eine repressive Ordnung sichern kann. Das, was früher die Nationalitäten zusammenhielt, ist nicht mehr stark genug, sodass unter gewissen Bedingungen ein Desintegrationsprozess eingeleitet werden kann. Die Frage, die sich hier erhebt, ist, welche sind diese Bedingungen. Ist nur der innere Faktor massgebend oder gibt es auch andere Kräfte, die diese Gegensätze ausnützen, damit die von ihnen gewünschten Resultate erreicht werden? Gibt es wirkliche Kräfte, die sich für diese Ordnung, eine sogenannte "Neue Ordnung", interessieren? Welche sind die inneren Kräfte, die sich für eine Balkanisierung Europas einsetzen? In wie weit gibt es einen Zusammenhang zwischen dem, was in Jugoslawien geschieht und diesen Tendenzen, nämlich die Schwächung des Nationalstaates auf Gunsten der kleinen Nationalitäten? Kann Europa erst dann wirklich eine politische Einheit werden, wenn alle jene kleinere historische Einheiten, die kleineren Nationalitäten und Volksgruppen zu einer Geltung kommen? Welche ist die Bedeutung von Bewegungen, wie die der Korsikaner, der Schotten, der Katalanen, u.s.w.? Welche ist die Beziehung zwischen Nation, Nationalität, Volksgruppe und dem Staat? Eine ganz andere Problematik setzen freilich Phänomene, wie jene der Kurden, weil es sich um eine grössere Volksgemeinschaft handelt, die eine stammesmäßige Ordnung aufweist. Deswegen können sie auch ihre Sache nicht entsprechend ihrer Zahl verteidigen und ihre Befreiungsziele durchsetzen. Wir sprechen für ethnische Gruppen, die innerhalb Europas sich befinden. Man muss doch anerkennen, dass die Phänomene in Jugoslawien, die zwar in einer krassen Weise zum Durchbruch gekommen sind, nicht isoliert betrachtet werden müssen, aber innerhalb eines allgemeinen Prozesses der von Integration zu Desintegration und umgekehrt führt. Ob diese Entwicklungen durch lokale Kriege eingeleitet werden, ist keine Frage, die man leicht beantworten kann. Der Balkan kann freilich als ein Thermometer funktionieren, da hier wegen des Zusammenlebens mehrerer Nationalitäten —in einen verhältnismässig kleinen Raum oder so gross wie Frankreich— können auch die Probleme, was die Beziehung zwischen Staat, Nation und Nationalität anbelangt, prägnanter sich manifestieren. Insofern bleibt der Balkan immer ein Pulverfass, ein "δυνάμει" Pulverfass. Wir hoffen, dass die Europäische Gemeinschaft, die Völker selbst, die Intellektuellen und besonders die Historiker eine positive Rolle in dieser Richtung spielen werden, sodass unser Gebiet eine Stätte des Friedens und des schöpferischen Zusammenarbeitens wird. Was durch die verhängnisvollen Entwicklungen durch die zwei Weltkriege zugrunde ging war Mitteleuropa, das für das Erhalten des Gleichgewichts zwischen dem Grossmacht Russland und einem grossen Deutsch-

land von grösster Wichtigkeit war. Man muss auch nicht vergessen, dass der Zusammenbruch der Österreichischen Monarchie verhängnisvoll für die Entwicklung Europas war. Denn nur wenn wieder ein Mittel- und Ostmitteleuropa existiert, können wir wieder von Europa reden. Dies ist wieder möglich, wenn ein System herrscht, das sowohl die persönliche Freiheit bewahrt, als auch eine gerechte Verteilung der Güter garantiert, die erst jene Freiheit ihren konkreten Sinn verleiht. Denn es besteht immer die Gefahr, dass die Rechte der Person immer formaler und abstrakter werden und die soziale Gerechtigkeit immer illusionärer; wenn nämlich die Person nicht im Stande ist, ihr Los auf Erden zu übernehmen. Beide Ideen, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, stellen den Inhalt eines europäischen Kulturgutes dar. Nur wenn beide Ideen in einer höheren, einer dialektischen Synthese vereinigt werden, können wir wieder von einem Europa reden, das der Ort des Friedens ist: die Heimat des Homo Universalis.

Universität Thessalonikē